



Anfragen zum Plenum zur Plenarsitzung am 01.04.2025 – Auszug aus Drucksache 19/6225 –

Frage Nummer 5 mit der dazu eingegangenen Antwort der Staatsregierung

Abgeordneter **Rene Dierkes** (AfD) Ich frage die Staatsregierung, wie viele Flüchtlinge leben derzeit in Bayern, welche Kommunen verweigern es, weitere Flüchtlinge entgegen des Königssteiner Schlüssels aufzunehmen und wie beurteilt die Staatsregierung die Aussage der CSU-Stadtratsfraktion in München, wonach wegen fehlendem Wohnraum entgegen des Königssteiner Schlüssels kaum noch neue Flüchtlinge in der Stadt München untergebracht werden können?

Antwort des Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration

Im Freistaat sind zum Stand 31.03.2025 rund 134 800 Personen in regulären Asylunterkünften untergebracht, davon aktuell rund 24 300 Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine. Insgesamt sind rund 180 800 Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine im Ausländerzentralregister (AZR) registriert und in Bayern aufhältig.

Zuständig für Unterbringung von Asylbewerbern sind die Bezirksregierungen und Kreisverwaltungsbehörden, d. h. die staatlichen Landratsämter und kreisfreien Städte. Die Verteilung der nach dem bundesweiten Verteilungsschlüssel auf den Freistaat entfallenden Asylbewerber erfolgt nach der Asyldurchführungsverordnung (DVAsyl), welche die Grundlage einer gerechten Lastenverteilung in Bayern ist. Bislang hat sich die Verteilung auf die Landkreise und kreisfreien Städte als äußerst erprobt und krisenfest erwiesen.

Die DVAsyl sieht für Ausnahmesituationen vor, dass von den Quoten abgewichen werden kann, hierbei handelt es sich aber nur um eine temporäre Reaktionsmöglichkeit. Dies entbindet die betroffenen Kommunen nicht davon, die Voraussetzungen zur Aufnahme zu schaffen.

Auch die Landeshauptstadt München ist daher angehalten, ihre gesetzlichen Aufgaben zu erfüllen und den auf sie entfallenden Anteil an Asylbewerbern geordnet unterzubringen. Der Staatsregierung sind entsprechende Bemühungen der Landeshauptstadt München bekannt, weitere Kapazitäten zur Unterbringung von Flüchtlingen zu schaffen.